

1977 erschien eine zweite Charta, die neben den herkömmlichen Bürgerrechten auch die wirtschaftlich-sozialen Rechte des Menschen betonte. In der Auseinandersetzung mit den bürgerrechtlichen Tendenzen wußte das Husak-Regime auf nichts anderes zurückzugreifen als auf die Mittel der Kontrolle und der Gewalt.

Die Herausforderung bleibt

Die Führung der sowjetischen Hegemonialmacht suchte während des ausgehenden Winters 1976/77 das Vorgehen gegen die Bürgerrechtsbewegungen im Warschauer-Pakt-Bereich einer einheitlichen Koordination zu unterwerfen. Der Versuch scheiterte jedoch. Die Führungen der kleineren Staaten (ausgenommen der Tschechoslowakei) waren nicht willens, der sowjetischen Dissidentenpolitik zu folgen. Nach ihrer Ansicht herrschten in ihren Ländern jeweils besondere Verhältnisse, denen man, wenn man sich unnötige Probleme ersparen wollte, am besten durch ein *landesspezifisches Vorgehen* begegnete.

Die moralische und psychologische Unterstützung, die der amerikanische Präsident Carter seit Februar 1977 den osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen demonstrativ zu leihen begann, hat in Moskau zu einer überaus heftigen Reaktion geführt. Die amerikanische Seite hat augenscheinlich einen der wunden Punkte des sowjetischen Herrschaftssystems berührt. Die UdSSR legitimiert ihre

politischen Ambitionen mit einem weltweiten „humanistischen“ Anspruch – und sieht sich auf einmal vor der Weltöffentlichkeit mit dem Vorwurf menschenrechtswidrigen Verhaltens konfrontiert. Die Dissidenten stellen in der UdSSR nach amtlicher Darstellung nur ein bedeutungsloses Häuflein psychopathischer Querulanten dar – und doch wird ihre Tolerierung für die westliche Öffentlichkeit immer mehr zu einer Testfrage sowjetischer Spannungsglaubwürdigkeit. Nach sowjetkommunistischer Ideologie befindet sich die (angeblich uneingeschränkt geduldete) Religion auf der Aussterbeliste – und dann rückt auf einmal die Repressionspolitik, mit der die sowjetische Führung einer Ausbreitung des Glaubens entgegenzuwirken sucht, ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Im „sozialistischen Staat“ kann es nach offizieller Darstellung keine nationalen Probleme geben – und dann tritt auf einmal der Druck, unter denen die Nationalitäten in der UdSSR leben, in das westliche Blickfeld.

Zu allem „Überfluß“ steht noch die Belgrader Folgekonferenz zur KSZE bevor. Deutet Carters moralischer Rigorismus in der Frage der Menschenrechte, so mag man sich im Kreml fragen, etwa darauf hin, daß die USA und andere westliche Staaten die selektive, aufs Marginale und Symbolische beschränkte Verwirklichung der KSZE-Schlußakte durch die Warschauer-Pakt-Staaten nicht gelten lassen wollen? Es kann nicht wundernehmen, daß die sowjetische Führung derartige Aussichten mit größter Sorge betrachtet.

Gerhard Wettig

Asien: Ein für den Europäer fremder Kontext

Der amerikanische Präsident *Jimmy Carter* sorgte auch in Asien für erhebliche Unruhe bei verschiedenen Regierungen mit seiner Ankündigung, zukünftig werde jede von den USA gewährte Hilfe oder Unterstützung von der Beachtung der Menschenrechte in den jeweiligen Empfängerländern abhängig gemacht. Noch vor Veröffentlichung des Asien betreffenden Teils der „Reports on Human Rights Practices“ des State Departments kamen von Präsident *Ferdinand Marcos* von den Philippinen und Präsident *Park Chung Hee* von Südkorea geharnischte Proteste und Vorwürfe falscher Anschuldigungen. Aber auch die Regierungen anderer asiatischer Länder brachten ihr Mißfallen über diesen neuen Stil der US-Politik zum Ausdruck. Daß sie darin eine Gefährdung ihrer eigenen Position sahen, ist verständlich. Daß sie eine gefährliche Schwächung der „freien Welt“ gegenüber den kommunistischen Ländern beschworen, war zu erwarten.

Angst vor der Demokratie?

Schwerwiegender sind jedoch die Argumente zu beurteilen, mit dieser Maßnahme mische sich Washington in die

inneren Angelegenheiten asiatischer Länder ein und die Amerikaner wichen damit wieder von der nach langen Bemühungen der Länder der Dritten Welt allmählich erreichten Übereinkunft ab, Hilfe ohne jede Auflage und Bindung zu gewähren. Am gravierendsten erscheinen schließlich die überall in Asien auftauchenden Kommentare, der *Moralist* und *Christ Carter* zwingen mit seinem „Menschenrechts-Komplex“ den asiatischen Ländern in gewohnter imperialistischer und kolonialistischer (und zum Teil christlicher) Manier Verhaltensweisen auf, die ihren traditionellen Denkweisen oft überhaupt nicht entsprechen. Bezeichnenderweise stammen diese zuletzt genannten Kritiken aber nicht aus den verschiedenen Regierungslagern, sondern zumeist aus religiösen oder oppositionellen Gruppen.

Fast gleichzeitig löste das Wahlergebnis in Indien, dieser so gern und in letzter Zeit doch zu Unrecht als größte Demokratie der Welt bezeichneten Nation, Überraschung und unverhohlene Freude gerade in Europa und Nordamerika (und aus naheliegenden anderen Gründen auch in Peking) aus, glaubte man damit doch den Beweis zu haben, daß die auf Asien übertragene Demokratie auch dort

verankert werden kann und daß der Drang nach Wiedereinführung der Menschenrechte auch von den ansonsten unpolitischen Massen geteilt wird. Erste Analysen zeigen, wie eine Reihe von Faktoren dabei mitwirkte, daß der Slogan der oppositionellen Janata-Partei „Demokratie oder Diktatur“ nicht nur bei den ursprünglich als Zielgruppe gedachten Intellektuellen in den Städten wirkte, sondern auch bei der Landbevölkerung als Aufforderung zur eindeutigen Entscheidung und damit als Möglichkeit für eine Besserung der persönlichen Situation verstanden wurde (vgl. HK, April 1977, 213).

Die sofortige Beendigung des äußeren und inneren Ausnahmezustandes sowie die neuerliche Garantierung der Menschenrechte waren die ersten sichtbaren Zeichen der neuen Regierung. Doch mit einiger Berechtigung machte die „Far Eastern Economic Review“ (1. 4. 1977) bereits darauf aufmerksam, daß diese allgemein mit Begeisterung aufgenommenen Maßnahmen leicht in anderen asiatischen Ländern negative Auswirkungen haben könnten. Sollte nämlich die neue Koalitionsregierung wegen ihrer fast unüberbrückbaren internen Gegensätze zerfallen oder sollten wegen fehlender baldiger Sozialreformen Unruhe und Chaos ausbrechen, dann würden dafür von einer Reihe anderer asiatischer Staaten nicht die vielleicht unfähigen Politiker, sondern die neue Zusicherung der Respektierung der grundlegenden Menschen- und Freiheitsrechte verantwortlich gemacht. Der demokratische Prozeß hat in den Augen dieser vielen scheindemokratisch, in Wirklichkeit aber diktatorisch regierenden Politiker ohnehin an Anziehungskraft verloren, nachdem innerhalb weniger Wochen in Pakistan wegen des Vorwurfs eindeutiger Wahlmanipulationen durch den amtierenden Präsidenten *Ali Bhutto* blutige Unruhen ausbrachen und oppositionelle Politiker verhaftet wurden und sich *Indira Gandhi* in Indien bei der Einschätzung ihrer Chancen bei den Wahlen so grundlegend verrechnete. Ähnliche Reaktionen löste ein anderer Vorgang aus. In fast keinem asiatischen Land gibt es heute Pressefreiheit. Während man in den westlichen Industrienationen Watergate und die Folgen als besten Beweis für eine funktionierende Demokratie und die Notwendigkeit einer freien Presse ansah, war dieses spektakuläre Geschehen für manchen asiatischen Regenten der beste Beweis für die angeblich verhängnisvollen Auswüchse des Rechts auf Pressefreiheit.

Was ist Asien?

Indessen gehören politische Gefangene, Folter, Korruption, Machtmißbrauch, Mißachtung der Verfassung und der Grundrechte zum Alltag fast aller asiatischen Länder, ganz gleich, ob sie sich Volksdemokratie, gelenkte oder eingeschränkte Demokratie, Demokratie oder eigener Weg zum Sozialismus nennen. Bei einer Bestandsaufnahme muß man freilich die *Breite und Vielfalt Asiens* berücksichtigen, die ein indischer Journalist vor einiger Zeit als Antwort auf die Frage „Was ist Asien?“ folgenderma-

ßen charakterisierte: „Geschichtlich ist es ein Kontinent sehr alter Kulturen, die Heimat von Weltreligionen wie Buddhismus, Hinduismus, Konfuzianismus. Geographisch ist Asien der Welt größter Kontinent. Wirtschaftlich ist es ein Gebiet der Armut, Arbeitslosigkeit und Unterentwicklung. Politisch ein Mosaik aller möglichen Regierungsformen, die von der Diktatur bis zur Demokratie reichen. Demographisch ist es die Heimat zweier Drittel der Weltbevölkerung, die in einem beängstigenden Tempo explodiert. Kulturell ist es eine Sammlung von Nationen, die in ihrem Wachstum durch die westliche Kolonisierung und Ausbeutung verkümmert sind.“ Man müßte dieser Aufzählung noch hinzufügen, daß Asien heute in kommunistische und nicht- oder militant antikommunistische Staaten zerfällt. Dieser seit dem Koreakrieg das Bild Asiens stark prägende Konflikt hat in großem Maße den Übergang asiatischer Länder aus kolonialer Abhängigkeit in die Unabhängigkeit beeinflußt und oft ein selbständiges Nationwerden verhindert. Wer sich – mit Recht! – über Menschenrechtsverletzungen in Asien empört, sollte diesen Tatbestand ebensowenig vergessen wie die Art und Weise der „Demokratisierung“ durch die ehemaligen Kolonialmächte.

Heute wirkt sich aus, daß die *Führer der asiatischen Unabhängigkeitsbewegungen* westlich erzogen waren, daß sie in der Übernahme westlicher Verfassungen, Regierungsformen, Parteisysteme, Ideologien und Werte die Lösung ihrer Probleme gefunden zu haben glaubten. Gleichzeitig waren in der Bevölkerung Erwartungen im wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und sozialen Bereich geweckt, deren Verwirklichung dann an fortbestehenden traditionellen Hemmnissen von Kaste, Religion, Klasse oder Rasse scheiterte. Zudem blieb praktisch keine Regierung von der Stellungnahme zwischen den beiden Supermächten verschont, wodurch es zu neuen Abhängigkeiten, zu Wettrüsten und Spannungen kam. Die asiatischen Länder mit demokratischen Parlamenten nach westlichem Muster bekamen schon bald die Schwächen dieses Systems zu spüren. Um dem Zerfall in lokale Fraktionen, um Unordnung, Korruption und Gewalt zu entgehen, setzten viele Regierungen unter Beibehaltung des demokratischen Aushängeschildes Freiheits- und Menschenrechte mehr und mehr außer Kraft. Ein-Parteien-Regierungen und Militärdiktaturen wurden zum sichtbaren Ausdruck des Trends nach Autorität und strenger Führung, zumeist nach dem Motto, anders könnten weder wirtschaftliches Wachstum noch die nationalen Interessen gewährleistet werden.

Neue Ansätze für eine asiatische Lösung waren *neue Ideologien*, die von den Staatsgründern propagiert wurden: „der Pantjasila-Sozialismus von Sukarno in Indonesien, der sozialistische Humanismus von Nehru in Indien, der buddhistische Sozialismus von U Nu in Birma oder der Personalismus von Diem in Südvietnam“. Auffallend ist schließlich die „Anhäufung von Vaterfiguren“: Gandhi, Nehru, Mao Tse-tung, Ho Chi-minh, Kim Il-sung (Asia: Political Systems, in: Logos, Dezember 1973). Folgen

eines oft fehlgeschlagenen Neubeginns und der zuwenig vorbereiteten und eingepflanzten Demokratisierung waren verstärkter Nationalismus, der Ruf nach Selbstbestimmung, Rivalitäten verschiedener Machtzentren in Asien und die Gründung religiöser Parteien, die versuchten, mit ihrer Tradition in das moderne politische Geschehen einzugreifen, meistens um eine Rückbesinnung auf die eigenen Werte zu fördern und eine Abkehr von westlichem Einfluß zu erreichen (die neo-buddhistische Komeito in Japan, die hinduistische Jan Sangh in Indien und die islamische Masjumi in Indonesien).

Das Konzept der Hierarchie erhielt wieder Vorrang vor dem der Gleichheit, der Übergang von einer parlamentarischen Demokratie zur Regierung mit militärischer Gewalt war nicht zu übersehen. Hochmodern ausgerüstete Armeen wurden zu Trägern der Revolution erklärt (Burma, Indonesien, China, Nordvietnam), die Militärhaushalte wuchsen an, die Bündnisse auf beiden Seiten verstärkten die Rolle des Militärs als bedeutsamer Faktor im Machtgefüge. Lediglich in Indien und Pakistan blieb das Militär nach englischer Tradition unpolitisch. Die bestehenden Verfassungen wurden durch Ergänzungen oder Zusatzverordnungen vielfach manipuliert, Kriegerrecht oder Ausnahmezustand (Südkorea, Philippinen, Indien) boten eine weitere Möglichkeit der Umgehung des demokratischen Kontrollapparates.

Eine asiatische Studiengruppe kam deshalb schon vor einiger Zeit zu dem Ergebnis, daß fast alle Staaten, von denen man eine gleichmäßigere Verteilung von Macht, mehr Gleichheit in der Behandlung sowie mehr Menschenrechte erwartet hatte, erbärmlich versagt hätten. In Wirklichkeit gebe es heute in Asien mehr Ungleichheit und stark zentralisierte Machtstrukturen (Logos, a. a. O.). Die „*Revolution*“, von der heute überall in Asien gesprochen wird, kann deshalb nach Meinung der Autoren nicht darin bestehen, nur die Führungsspitze auszutauschen. Wenn die neuen Werte und Ideale nicht in den Institutionen und den Herzen der Menschen verwurzelt sind, wenn diese Umstellung und Umformung nicht von tiefgreifenden wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Reformen begleitet wird, dann muß jede Revolution Stückwerk bleiben und im Grunde scheitern.

Wenig Rückhalt in der politisch-sozialen Tradition

Bei diesem Prozeß besinnt sich Asien zunehmend auf seine Vergangenheit und sein Erbe. Man beginnt die Fehler und Erfolge zu analysieren und sucht nach Ansatzpunkten für heute. Asien ist aus dem Gleichgewicht geraten, das bis vor etwa hundert Jahren gewahrt war. Bestimmend für asiatische Staaten war der *Zentralismus*, war eine hierarchisch gegliederte Ordnung, in der der einzelne wenig Rechte, aber viele Pflichten hatte. Die Gesellschaft war statisch, der Herrscher zumeist als vom Himmel Gesandter eingestuft, der allerdings bei schlechter Erfüllung seines

Auftrags mit Rebellion und Ablösung rechnen mußte. Der frühere philippinische Außenminister und heutige erklärte Gegner von Präsident Marcos, *Paul S. Manglapus*, kommt in seinem engagierten Buch „*Philippines: The Silenced Democracy*“ (Orbis Books, Maryknoll, New York 1976, S. 59) zu dem Schluß, daß das asiatische Gleichgewicht über mehr als viertausend Jahre gewahrt blieb, „bis eines Tages westliche Menschen mit Ideen ankamen, die explosiver waren als das Pulver, das die Chinesen für Feuerwerkskörper zum Erntefest erfunden hatten (und das die Westler später in Kanonenrohre steckten). Unter diesen neuen Ideen waren das Christentum, das proklamierte, die Menschenrechte stünden über denen des Staates; die Wissenschaft, die die unveränderlichen Gesetze des unberechenbaren Willens der Götter ersetzte; die parlamentarische Regierung, die den Regierenden als verantwortlich für die Regierten erklärte; und neue Techniken für die Massenproduktion und die Kontrolle von Katastrophen.“

Dieser Kontakt, verbunden mit Einnistung europäischer Händler, Gouverneure und Missionare, führte zur Auflösung bestehender Strukturen. Während sich Asien gegenüber dem Christentum weitgehend resistent zeigte, zeitigte das *westliche Ideengut* seine Wirkung. Nur fehlte es an einem Gesamtkonzept, an einer Verbindung beider Komponenten oder an einer Aufarbeitung der neuen Impulse für die eigene Tradition.

Die teilweise barsche Zurückweisung kritischer Einwände zur Praktizierung bzw. Nichtpraktizierung von Menschenrechten in Asien muß auf diesem Hintergrund gesehen werden. Doch ein Blick auf die Vergangenheit läßt noch weitere Rückschlüsse zu. So läßt sich zumindest von den vom *Konfuzianismus* beeinflussten Ostasiaten sagen, daß sie „ebenso wie gegen den Individualismus eine instinktive Abneigung gegen den Begriff der politischen Freiheit“ besitzen: „Sie ist für ihn kein Ideal. Unter Freiheit stellt er sich meistens etwas Zügelloses, Unbeherrschtes und Unzivilisiertes vor. Er bringt diesen Begriff noch am ehesten mit den wilden Tieren in den Dschungeln in Zusammenhang oder mit primitiven und barbarischen Nomaden- oder Jägervölkern. Die Freiheit ist für ihn eine Art barbarische Urform aus der Frühzeit der Menschheit. Zivilisation und Kultur beginnen für ihn von dem Moment an, wo sich die Menschen zu einer Gemeinschaft zusammenschließen und Sitten und Gesetze für das Zusammenleben aufstellen“ (*Lily Abegg*, *Ostasien denkt anders*. Verlag Kurt Desch, München 1970, S. 239).

Nicht das Gesetz, sondern Sitte und Moral bilden die Grundlage

Bei alledem muß man berücksichtigen, daß wir mit unseren modernen Begriffen „Individualismus“ und „Kollektivismus“ den überlieferten ostasiatischen Auffassungen von Gemeinschaft, Volk und Staat nicht ohne weiteres gerecht werden. *Nicht das Gesetz, sondern die Sitte und die Moral bildeten die Grundlage des ostasiatischen Staatswesens:*

„Während im Abendland der Nachdruck auf der Gerechtigkeit liegt, d. h. auf den juristisch festgelegten Rechten und Pflichten des einzelnen, liegt in China der Akzent auf dem guten Willen. Der Chinese hat nicht recht daran geglaubt, daß sich Ausgleich und Gerechtigkeit unter den Menschen durch mechanistisch-rechtliche Methoden regeln ließen“ (Lily Abegg, a. a. O., S. 168). Die Bevorzugung von Moralgesetzen gegenüber bürgerlichen Rechten und Polizeiverordnungen dürfte im übrigen für die weitverbreitete Korruption mitverantwortlich sein. Der Ostasiate war nie Individualist, er war in erster Linie der Familie gegenüber verantwortlich, ihr aber auch zu-, ja untergeordnet. Die Auflehnung gegen die festgesetzten Familienbeziehungen galt im alten China als ein größeres Verbrechen als ein Mord an einem Menschen. Der ostasiatische Mensch wird in erster Linie nach seiner Eigenschaft als *Mitglied einer Gemeinschaft* gesehen, zumeist jedoch nur im Rahmen der überschaubaren Größe einer Familie oder Sippe. Anpassung und Unterdrückung individueller Fähigkeiten sowie Erziehung zur Selbstzucht standen im Vordergrund. Die häufig anzutreffende Mitleidslosigkeit und Gleichgültigkeit den nicht zur Familie gehörenden Mitmenschen gegenüber wird vielfach auf die religiösen Verhältnisse in Ostasien zurückgeführt: „Vermutlich hängen sie mit der Nichtexistenz der christlichen Nächstenliebe zusammen, die so tief in uns Abendländern verwurzelt ist, daß wir sie als etwas Nützliches, ja als eine Norm empfinden“ (Lily Abegg, a. a. O., S. 315).

Schwierig wird die Beurteilung von Verstößen gegen die Normen der Menschenrechte aber auch dadurch, daß in Asien „Gut und Böse, genau wie Irrtum und Wahrheit, *relative* Begriffe“ sind, ja „die Trennungslinie ist bei weitem nicht so scharf gezogen wie in den Zehn Geboten oder in unseren Gesetzbüchern ... Selbst der Begriff des Bösen ist oft von dem unseren verschieden. Das Böse hat manchmal einen geringeren Grad von Wirklichkeit als das Gute, oder aber man betrachtet das Böse nur als Folge einer unvollkommenen Einsicht, die gebessert und sogar geheilt werden kann – jedoch keineswegs Tadel verdient“ (Jean Herbert, *Asien – Denken und Lebensformen der östlichen Welt*. Piper-Verlag, München 1959, S. 172).

Es prägt die Asiaten vielfach bis heute noch, daß es ihnen jahrhundertlang nicht in den Sinn gekommen wäre, sich unter Berufung auf ein Recht der Willkür eines Vertreters der Macht, wer immer dies sein mochte, zu widersetzen. Die einzige Art, sich einem Befehl der Obrigkeit zu entziehen, war im Fernen Osten der Selbstmord. „Der Gedanke von Freiheit und Menschenrechten ist erst vor ganz kurzem aus dem Westen eingeführt worden ... Im Westen betrachtet man die Persönlichkeitsrechte als die Grundlage, und unsere Auffassung von der Justiz schützt sie und setzt sie in die Tat um. Zum Verständnis Asiens dagegen muß man sich von der Rechtsvorstellung, die unserem Denken aus einer kurzsichtigen Bewunderung der römischen Welt erwachsen ist, frei machen. Im alten Orient weiß man nur von Pflichten, deren Erfüllung von jedermann, mag er auf der gesellschaftlichen Leiter oben oder

unten stehen, gebieterisch verlangt wird. Eine ‚Charta der Menschenrechte‘ ist dort ein geradezu unfaßbarer Begriff“ (Jean Herbert, a. a. O., S. 188).

Die Kontrolle, inwieweit der einzelne die Pflichten erfüllte, war Sache des Stammes-, Dorf- oder Kastenältesten, wobei eigentlich selten die Anwendung von Gewalt nötig war, da der moralische Druck, der von der überschaubaren Gemeinschaft ausgeübt wurde (er konnte bis zur Ächtung gehen, und die Ausstoßung aus der Gemeinschaft galt als höchste, fast der Todesstrafe gleichkommende Strafe), zumeist ausreichte. Da diese Voraussetzungen heute weitgehend entfallen, hat die gefürchtete und allgegenwärtige mächtige geheime *Staatspolizei*, früher fast unbekannt, überall in Asien Fuß gefaßt und enorm an Einfluß und Bedeutung im täglichen Leben gewonnen. Hier wie in anderen Bereichen entsteht praktisch unaufhaltsam die Gefahr, die durch die Übernahme von Kommunikations-, Wirtschafts- und Sozialgefügen aus dem Westen entstandene, durch die Tradition aber in keiner Weise abgedeckte neue Entwicklung durch mehr oder weniger inhumane Methoden abzustützen.

Der bekannte indische Soziologe und Theologe *M. M. Thomas* vom „Christlichen Institut zum Studium von Religion und Gesellschaft“ in Bangalore vertritt die Auffassung, daß die traditionelle asiatische Gesellschaft hauptsächlich durch drei Kräfte des modernen Zeitalters herausgefordert wurde, nämlich zunächst durch Technik und Verkehrsentwicklung, Industriearbeit und Urbanisierung, dann durch die Erziehung und kulturellen Einflüsse der Ideale individueller Freiheit und des Gesellschaftsvertrages, der sozialen Gleichheit und der Auffassung der Gesellschaft als Teilhabe an der moralischen Zusammengehörigkeit freier Menschen und drittens durch den Schutz der Grundrechte der menschlichen Person, der sozialen Gesetzgebung, der Neufassung des traditionellen Kodex in bezug auf Heirat und Familienleben, nämlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau (M. M. Thomas, *Asien und seine Christen in der Revolution*. Chr.-Kaiser-Verlag, München 1968, S. 33). Eine der bisher einschneidendsten Folgen dieses Prozesses ist seiner Meinung nach, „daß die Frauen zu einem neuen Bewußtsein persönlicher Eigenständigkeit und persönlicher Gleichberechtigung mit den Männern erwacht sind, und die Einordnung dieses neuen Bewußtseins in die Gesetzgebung der meisten unabhängigen Länder Asiens“ (S. 34). Gewiß ist diese Entwicklung noch nicht überall abgeschlossen, doch läßt sich auch nicht übersehen, daß das Phänomen von Frauen als Regierungschefinnen (Frau *Bandaraneike* in Sri Lanka, Indira Gandhi in Indien) bei uns bisher keine Entsprechung gefunden hat und daß die Asiaten nicht ohne Grund Präsident Carter darauf aufmerksam machen müssen, er fordere von ihnen u. a. die strikte Einhaltung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, in seinem eigenen Land jedoch sei die Verabschiedung eines Verfassungszusatzes über die Gleichberechtigung (Equal Rights Amendment) bisher an der fehlenden Zustimmung durch die Bundesstaaten gescheitert.

Christen – Motor der Bewegung?

Die bis heute noch wirkenden traditionellen Strukturen und Mentalitäten mußten in Asien zwangsläufig einen Konflikt mit westlichen demokratischen und humanitären Vorstellungen hervorrufen. So fällt es heute noch auf der indonesischen Insel Flores schwer, irgend etwas zu planen oder zu unternehmen, ohne den „Adat“ zu beachten, eine Art „mündliches Gesetz oder Tradition, die das Leben des Floresen in all seinen Bezügen regelt. An der Spitze des Adat steht der Häuptling, und die Dorfältesten sind seine Ratgeber... In Wirklichkeit gibt es zwei Rechtsordnungen auf Flores, nämlich die verfassungsmäßige der Regierung und die des Adat... In der Praxis werden Gesetzesübertretungen nach dem Adat geahndet und Rechtsstreitigkeiten nach ihm beigelegt“ (*Ramón Lobato* in: Steyl Korrespondenz, 1. 8. 1973). Ähnlich hemmend für die Fortentwicklung von Freiheitsrechten wirkt sich das „barangay“-System auf den Philippinen aus, das von dem Prinzip ausgeht, daß der Mensch zumindest von Geburt her ungleich ist. Der katholische philippinische Historiker *Horacio de la Costa* SJ erläuterte im August 1976 auf einer ostasiatischen Jesuitenkonferenz in Manila ausführlich dieses traditionelle Justizkonzept und stellte dann die für ganz Asien entscheidende Frage, ob eine Integration beider Auffassungen möglich sei: „Ist der westliche Standpunkt bezüglich der Gerechtigkeit inzwischen so weltweit verbreitet und akzeptiert, daß wir lediglich die entsprechende asiatische Tradition abzulegen brauchen und für Gerechtigkeit innerhalb des Rahmens gleicher Rechte, freien Unternehmertums und partizipatorischer Demokratie arbeiten müssen? Oder sollten wir schlichtweg die westliche Anschauung mißachten und zur asiatischen Tradition der ungleichen Rechte, der Kontrolle durch die Gemeinschaft und der Verantwortlichkeit des ‚überragenden Menschen‘ (als Herrscher) zurückkehren? Oder sollten wir uns schließlich mehr der Realisierung ‚universaler Liebe‘ zuwenden, die für das Christentum zentral zu sein scheint und gleichzeitig Teil der asiatischen Tradition ist?“

Die Antwort wird vom Autor nicht mitgeliefert. Er versucht jedoch, die Relationen wieder zurechtzurücken, indem er ausdrücklich darauf verweist, daß Asien die neuen Ideen aus dem Westen nicht nur von außen übergestülpt bekam, sondern sie wenigstens in der Führungsspitze auch wissentlich und willentlich übernommen hat. So läßt sich heute nicht mehr das Bewußtwerden dieser demokratischen Vorstellungen und der allgemeinen Menschenrechte wegdiskutieren. Es gilt als anerkannte Tatsache, daß „hinter der heutigen asiatischen Revolution eine neue Erkenntnis des asiatischen Volkes von der persönlichen Dimension der individuellen und kollektiven Existenz liegt“ (*M. M. Thomas*, a. a. O., S. 56). Hieran haben sich alle Versuche eines neuen Anfangs ausgerichtet, und hieran wird man schließlich auch die asiatischen Nationen messen.

Es ist nicht zu übersehen, daß der Prozeß der Bewußtseinsbildung und des Aufbegehrens gegen Menschen-

rechtsverletzungen bisher – neben der studentischen Szene – fast ausschließlich von christlichen Gruppen ausgegangen ist. So steigerten sich in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen um die Menschenrechte besonders auf den überwiegend katholischen Philippinen und in Südkorea sowie (vor der Wiedervereinigung unter kommunistischer Flagge) in Südvietnam, wo das Christentum einen verhältnismäßig großen Teil der Bevölkerung ausmacht. Auch in Indien ging in der Schlußphase des Ausnahmezustandes unter Indira Gandhi der Hauptprotest von einer Koalition christlicher Gruppierungen aus. Mit einiger Bitternis verweist der indische Theologe *Mathew Kanjirathinkal* jedoch darauf, daß die Kirche nicht immer so gehandelt hat. Nach der Unabhängigkeit Indiens habe die Kirche in Indien nie aufgehört, der Demokratie mündlich ihre Unterstützung zuzusagen. Sie hätte gar den Eindruck erweckt, als habe die Kirche das demokratische Regierungssystem erfunden und als sei sie selbst eine demokratisch organisierte Institution. Dabei wisse doch jedermann, daß die katholische Kirche nach den Prinzipien des mittelalterlichen Feudalismus regiert werde und der Papst ein Monarch sei. Die Kirche habe es lange an Kritik am Kolonialismus fehlen lassen. Indien werde im übrigen kaum vergessen, daß die Kirche den Kampf der indischen Nationalisten als anti-christlich und Mahatma Gandhi namentlich als Anti-Christen charakterisiert habe (*Christian Participation in Politics*, in: *Jeevadhara – A Journal of Christian Interpretation*, Januar/Februar 1976, S. 143).

Daß die Kirche Asiens aber insgesamt anders argumentiert und handelt, ist nicht zu übersehen. Man braucht zwar nicht so weit zu gehen wie die „Far Eastern Economic Review“, die bereits von einer „christlichen ‚Partei‘“ spricht und einen von christlichen Radikalen angeführten neuen Kreuzzug wittert (5. 3. 1976), doch die Schwerpunktverlagerung kirchlicher Aktivität in Asien ist nicht zu übersehen. Präsident *Tschiang Kai-schek* bescheinigte den asiatischen Bischöfen auf ihrer ersten Vollversammlung im April 1974 in Taipeh: „Leider wüten seit einigen Jahren totalitäre, auf Materialismus und Atheismus gegründete Tyrannensysteme, die der Bevölkerung eines großen Teils Asiens unsägliches Leid gebracht haben... Nicht nur, daß diese Tyrannen rücksichtslos den religiösen Glauben zerstören, sondern sie verweigern auch alle grundlegenden Menschenrechte... Angesichts einer so ernsten Situation sind wir dankbar, daß die katholische Kirche immer ihre feste Haltung in der Verteidigung der Wahrheit beibehalten hat“ (zit. nach *Fides*, 3. 7. 1974). Allerdings vergaß er, daß auch die nichtkommunistischen Länder diese Prinzipien mißachten und in diesem Fall gewöhnlich der Kirche ihren Einsatz übelnehmen. Die Bischöfe Sri Lankas forderten in pastoralen Orientierungen eine Akzentverschiebung in der Katechese: „Wahrheiten wie... die Einheit der menschlichen Rasse, die fundamentalen Menschenrechte, vor allem das Recht auf Teilhabe an den Gütern der Erde, die Relevanz des Einsatzes für soziale Gerechtigkeit, für die persönliche Heiligung, müssen zu den Kernsätzen unserer Botschaft gehören.“ Ähn-

liche Entschließungen und Vorstellungen ließen sich aus fast allen asiatischen Ländern beibringen. Auch in christlich inspirierten Publikationen wie „Logos“ (Sri Lanka), „Jeevadhara“ (Indien) und „Impact“ (Philippinen) zeigt sich dieser Trend. „Impact“ (A Monthly Asian Magazine for Human Development) widmete dem Thema Menschenrechte innerhalb von wenigen Monaten allein zwei Sonderhefte. Hier ist etwas in Gang gekommen, das eines Tages vielleicht noch einmal als der entscheidende Beitrag der Kirche für die Entwicklung Asiens beurteilt werden wird.

Ein langer Katalog politischer Inhumanität

Die Situation Asiens bleibt vorerst geprägt von den Tatsachen, daß es sich mit Ausnahme Japans, Singapurs und Hongkongs um überwiegend agrarische Gesellschaften und um Entwicklungsländer – sehr unterschiedlichen Niveaus – handelt. Japan und die Volksrepublik China sind die beiden extremen Pole mit gänzlich verschiedenen Ausgangspositionen und Modellen. Japan schaffte es in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die westliche Herausforderung offensiv durch die Öffnung und Übernahme von Technik und Wissenschaft unter Beibehaltung der traditionellen Kultur anzunehmen. China wagte nach 1949 durch totale Abkapselung die Neuformung der riesigen Gesellschaft in einer nicht zu leugnenden Verbindung traditioneller Verhaltensweisen und kommunistischer Ideologie. Alle anderen asiatischen Gesellschaften bewegen sich irgendwo zwischen diesen beiden Polen.

Der vom US-Außenministerium herausgegebene Report über die Beachtung der Menschenrechte in Asien (Auszüge in: Far Eastern Economic Review, 8. 4. 1977) bezieht sich leider nur auf die Empfänger von amerikanischer Hilfe, so daß die Volksrepublik China, Nordkorea und Indochina z. B. nicht erfaßt werden. In der Beurteilung der restlichen asiatischen Länder kommen die Amerikaner zu einem von vielen Beobachtern als zu vorsichtig und verharmlosend eingestuften Ergebnis. Darin werden Japan und Sri Lanka übrigens als einzige mit dem Titel „frei“ belegt, Taiwan, Indonesien, Südkorea, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Bangla Desh, Indien und Pakistan erhalten das Prädikat „teilweise frei“, während Burma, Thailand, Afghanistan und Nepal als „nicht frei“ bezeichnet werden.

Aber erst die Details können das *Ausmaß dieser Freiheitsbeschränkungen* verdeutlichen. Bis auf die beiden als „frei“ deklarierten Länder und jetzt wohl Indien wird heute in keinem asiatischen Land strikt nach der Verfassung regiert, fast überall sind Notstandsgesetze, Ausnahmezustand oder Kriegsrecht Teil des politischen Alltags. Zu der Wirklichkeit gehört auch, daß in *Indonesien* nach dem Armeecoup von 1965 zur Niederwerfung einer angeblichen kommunistischen Erhebung rund eine Million Menschen getötet wurden (nach einer Untersuchung der „University of Indonesia“, vgl. The Tablet, 26. 3. 1977). Die Regierung Suharto selbst gibt zu, daß heute

noch rund 35 000 Menschen als politische Gefangene festgehalten werden. Amnesty International spricht von mindestens 55 000, andere Kenner der Lage sprechen gar von 100 000 zumeist unter erbärmlichen Verhältnissen leidenden politischen Häftlingen, die zudem regelmäßig Folterungen ausgesetzt sind. Der Überfall Indonesiens auf Ost-Timor hat nach Regierungsangaben mindestens 50 000 Menschenleben gefordert, doch der Protest gegen diese völkerrechtswidrige Maßnahme blieb erschreckend gering. Aus *Indien* war jetzt zu erfahren, daß in den 21 Monaten des Ausnahmezustandes 20 466 Inder wegen ihrer oppositionellen Haltung inhaftiert waren. Aus *Südkorea* liegen umfangreiche Zeugnisse über die Unterdrückung der Opposition und die Mißachtung der fundamentalen Rechte vor. Bischof Chi von Wonju z. B. beklagte erst kürzlich, daß die sowjetischen Systemkritiker von der regierungsamtlichen Propaganda als Helden gefeiert werden, während jede kritische Stimme im eigenen Land als kommunistisch und damit verwerflich unterdrückt werde. Park Chung Hee rechtfertigt seine Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Bedrohung aus dem Norden und damit, daß ihm die Menschenrechte von 35 Millionen Koreanern wichtiger seien als die von wenigen Oppositionellen. *Nordkoreas* Staatschef Kim Il-sung bezeichnete sein Land zwar soeben als „Paradies“, Menschenrechte spielen darin aber überhaupt keine Rolle.

Der *philippinische* Präsident Ferdinand Marcos scheute sich nicht, wenige Wochen nach Veröffentlichung seines Buches „Today's Revolution: Democracy“, in dem er mit Rückgriff auf die katholische Soziallehre und die verschiedenen Enzykliken ein Bild einer funktionierenden asiatischen Demokratie entwarf, das Kriegsrecht zu verhängen und heute jede Stimme der Kritik als kommunistisch zu brandmarken. Mit einer Reihe von „Presidential Decrees“ hat er sich einen Rahmen geschaffen, in dem er praktisch unkontrolliert und ungehindert agieren kann. In *Vietnam* werden mittlerweile grundlegende Menschenrechte so radikal mißachtet, daß sich selbst eine Reihe engagierter Vietnamkriegsgegner in den USA, die sich immer für ein freies und vereintes Vietnam eingesetzt haben, zu Wort meldeten und ihre Enttäuschung zum Ausdruck brachten. In *Kambodscha* schließlich scheint keines der irgendwann einmal fixierten Gesetze und Menschenrechte mehr Gültigkeit zu haben. Kambodscha ist ein Straflager für ein ganzes Volk, in dem anscheinend keinerlei Normen mehr gelten.

Für China ist die Menschenrechtsfrage eine Farce

Die *Volksrepublik China* ist in vielerlei Hinsicht die Ausnahme, für viele die Alternative. Ganz unabhängig vom Ausgang der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen läßt sich doch jetzt schon feststellen, daß dort eine neue Gesellschaft ausprobiert wird, an der man nicht einfach vorbeigehen kann. Die Umwälzungen sind zu tiefgehend, die Auswirkungen noch nicht abzusehen. Das Glück des Kollektivs steht im Vordergrund, „Reform durch Arbeit“ ist das Motto und die Realität für alle, die

sich diesem Konzept widersetzen. Taiwan wird nicht müde, auf Menschenrechtsverletzungen auf dem Festland hinzuweisen (vgl. News from China, 19. 3. 1977), und griff natürlich begierig den ersten bekanntgewordenen Fall eines Appells eines „chinesischen Dissidenten“ auf (Wortlaut in: Far Eastern Economic Review, 8. 4. 1977). Andererseits spricht Peking von der Sowjetunion als einem „lächerlichen Vorkämpfer der ‚Menschenrechte‘“ (Peking-Rundschau, 15. 3. 1977). In diesem Kommentar heißt es u. a.: „In Wirklichkeit ist dieser Zank um die ‚Menschenrechte‘ nichts anderes als eine heuchlerische Farce. Die vor mehr als 100 Jahren von der westlichen Bourgeoisie im Kampf gegen das Feudalsystem geschwungene Fahne der ‚Menschenrechte‘, der ‚Freiheit‘ und der ‚Gleichheit‘ ist schon seit langem nur noch ein Fetzen. Unter der Herrschaft des Kapitals sind die Menschen in Klassen geteilt, und die Menschen verschiedener Klassen genießen verschiedene Rechte.“

China stellt insofern eine Herausforderung dar, als es offen zugibt, daß die individuellen Rechte eingeschränkt sind, dafür aber die Gemeinschaftsrechte wie nirgends sonst hochgehalten werden. Dem Recht auf Arbeit, Gesundheitsfürsorge, Wohnung und Nahrung wird eindeutig Priorität eingeräumt (vgl. China Notes, Fall 1976). Einzelheiten über die zahlreichen Lager für Umerziehung sind nur schwer zu erhalten (eine wichtige Ausnahme: *Bao Ruo-wang*, Gefangener bei Mao, Scherz-Verlag, Bern und München 1975), doch scheint dort Folter durch „geistige Überzeugung“ ersetzt zu sein. (*Bao Ruo-wang*: „Brutalität, wie sie Solschenizyn beschreibt, gibt es in chinesischen Lagern nicht“.) Ausgehend von der Prämisse, jeder Mensch sei erziehbar, wird der Gefangene einem intensiven Programm der „Läuterung“, „Einsicht“ und „Umkehr“ (außerhalb Chinas als „Gehirnwäsche“ bezeichnet) unterzogen. Auch das gehört zur Realität der Menschenrechte in Asien.

Norbert Sommer

Schwarzafrika: Tribalismus und Ideologiemonopol

Die gegenwärtige Diskussion um die Menschenrechte hat im afrikanischen Kontinent keine großen Wellen geschlagen. Schwarzafrika hat andere, weiterreichende und teils vordringlichere Probleme. In den meisten Ländern südlich der Sahara geht es zunächst um das nackte Überleben, d. h. um die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme, wie etwa die Sicherstellung der Grundnahrungsmittel für eine stark wachsende Bevölkerung.

Die meisten Staaten des Kontinents leiden ferner unter einer tiefgreifenden *politischen Malaise*. Die Tatsache, daß 17 der 48 Länder Afrikas unter Militärregierungen stehen, kann als Symptom der politischen Unsicherheit gewertet werden. Dazu kommt, daß die Frage der weißen Minderheitsregierungen im südlichen Afrika (Rhodesien, Namibia, Südafrika) das moralische Bewußtsein in bezug auf Menschenrechte weitgehend blockiert hat. Die *psychologischen Voraussetzungen* für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den menschlichen Grundrechten in Schwarzafrika werden erst dann gegeben sein, wenn die menschenrechtlich brisanten Probleme des südlichen Afrika gelöst sind. Es wäre jedoch ein Trugschluß, anzunehmen, daß die Afrikaner und ihre Regierungen unbedürftig und uninteressiert den Menschenrechten gegenüberstehen. Wenn die theoretische Diskussion darüber noch kaum in Gang gekommen ist und bei den massiven Verletzungen der Grundrechte wie etwa in Uganda von afrikanischen Regierungen das Prinzip der Nicht-Einmischung angerufen wird, darf dies nicht als Gleichgültigkeit ausgelegt werden. Im Gegenteil, das Gespür für Menschenrechte ist ein Erbstück aus den alten traditionellen Kulturen humanistischer Prägung, welches vor allem beim Bauernvolk (90% der Bevölkerung Schwarzafrikas) auch heute noch lebendig ist.

Menschenrechte und humanistische Kultur Afrikas

Unter humanistischer Kultur Afrikas verstehen wir die für die afrikanische Tradition typischen Verhaltensmuster, deren Sinn die Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen ist. Diesbezüglich hat Schwarzafrika eine *zivilisatorische Leistung* erbracht, die in ihrer Gesamtheit einmalig dasteht und auf die Verwirklichung der Menschenrechte generell einen positiven Einfluß hatte. „Ohne Zweifel ist die größte Gabe, die, ganz allgemein gesprochen, Afrika und den Afrikanern verliehen wurde, ihre Fähigkeit, menschliche Gemeinschaft allein deshalb zu lieben, weil sie eine Gemeinschaft von Menschen ist. Dieser Gemeinschaftssinn ist der bestimmende Wesenszug unserer traditionellen Kultur“ (*Kenneth D. Kaunda*, Humanismus in Sambia, Fribourg/Stein-Nürnberg 1972, 17).

Der menschliche Wert, der in Afrika am meisten zählt, ist die *soziale Fähigkeit eines Menschen*. Wichtigste Aufgabe des Individuums ist, sich in der Gemeinschaft zu integrieren. Andererseits hat auch die Gesellschaft eine starke integrierende Kraft, die Zurückgebliebene, Schwache und Untüchtige in die Gemeinschaft einbezieht. Die gemeinschaftliche Ausrichtung der traditionellen Gesellschaft läßt sich besonders deutlich bei der traditionellen Rechtsprechung erkennen: Es ist nicht nur Aufgabe des Richters, Recht oder Unrecht bei den zwei zerstrittenen Parteien festzustellen, sondern sie wieder miteinander zu versöhnen. Der Prozeß wird so lange dauern, bis dieses erreicht ist und durch gemeinsamen Trunk und richterlichen Spruch bezeugt und besiegelt werden kann.